



Nadine Engelmann aus Flensburg war mit ihrem Sohn Sebastian (6) bis gestern zur Kur in der AWO-Klinik im Bad Windsheim. Für solche Mutter-Kind-Kuren fordert die Arbeiterwohlfahrt weiter einen Rettungsschirm. Foto: AWO

Rettungsschirm soll verlängert werden

AWO-Vorstandsmitglied: Ohne rasche Unterstützung ist der Fortbestand der Kliniken der Müttergenesung bedroht

VON KURT GÜNER

BAD WINDSHEIM – „Sollte es nicht umgehend eine schnelle Unterstützung für die Kliniken der Müttergenesung geben, ist dieses wichtige Angebot für die Gesundheit von Familien unmittelbar in seinem Fortbestand bedroht.“ Darauf verweist Sonja Borzel, Vorstandsmitglied im Bezirksverband Ober- und Mittelfranken der Arbeiterwohlfahrt (AWO), am Beispiel der AWO-Klinik „Zur Solequelle“ in Bad Windsheim.

Das Haus hat 36 Betten für Mütter und 50 Betten für Kinder. Ohne den im März beschlossenen Rettungsschirm hätten viele Kliniken wie diese die Einnahmeausfälle bereits jetzt nicht überlebt, so Borzel. Denn dank des Schirms seien bis zu 60 Prozent der durch die Pandemie bedingten Belegungsausfälle ausgeglichen worden. Dadurch habe „zumindes das Schlimmste“ verhindert werden können, wenngleich die Häuser bereits jetzt mit hohen wirtschaftlichen Verlusten zu kämpfen hätten.

Der Schutz durch diesen Rettungsschirm sei jedoch „zum 30. September ausgelaufen, und trotz

intensiver Bemühungen verweigert das Bundesgesundheitsministerium eine Verlängerung“, hebt das AWO-Vorstandsmitglied hervor.

Was dies bedeutet, zeigt Sonja Borzel am Beispiel der Bad Windsheimer Klinik auf. Diese habe im Zeitraum Januar bis Oktober 2020 im Vergleich zu den ersten zehn Monaten im Vorjahr rund 160 000 Euro weniger eingenommen – trotz der Zahlungen im Rahmen des Rettungsschirms heuer bis Ende September.

Borzel ergänzt: „Selbst in den belegungsstärksten Sommermonaten August/September ergibt sich eine durch Corona bedingte Minderbelegung in Höhe von 15 bis 30 Prozent. Alleine in diesen acht Wochen muss die AWO-Klinik im Vergleich zum Vorjahr einen Verlust von rund 32 000 Euro verkraften, trotz hoher Nachfrage und gut funktionierendem Hygienekonzept.“

Diese Situation habe sich in den vergangenen Wochen „nochmals massiv zugespitzt“. Borzel: „Trotz des unbestritten sehr hohen Bedarfs der Familien an medizinischer Versorgung und Rehabilitation – gerade nach den immensen Belastungen der vergangenen Monate“ – müssten

Kliniken wie die in Bad Windsheim „nun mit reihenweisen, kurzfristigen Absagen umgehen“.

Die Mütter, die noch vor wenigen Wochen dankbar gewesen seien, einen Kurplatz zu bekommen, seien zu solchen Absagen jetzt aus unterschiedlichen Gründen gezwungen, etwa weil ein Angehöriger Risikopatient ist oder aber Kontakt zu Infizierten hatte. Der derzeitige vielfache Lockdown mache „die Situation nun endgültig unberechenbar“.

Borzel kann die Haltung des Bundesgesundheitsministeriums nicht nachvollziehen, den Rettungsschirm nicht weiterhin aufzuspannen, zumal dieser Schirm für die ambulante und stationäre Rehabilitation der Rentenversicherung bis zum Jahresende verlängert worden sei.

Sie appelliert dringend an die Politik, die entsprechende Ausgleichszahlungsregelung auch für Mutter-Kind-Kliniken wie die in Bad Windsheim weiterhin zu gewähren – zumal das Gesetz diese Option bereits vorgesehen habe: „Das Bundesministerium für Gesundheit kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrats die Frist um bis zu sechs Monate verlängern.“